

## Antrag A18: Westasienpolitik

Status: angenommen

# Für das Völkerrecht und eine friedensorientierte Außenpolitik - in Solidarität mit den Zivilgesellschaften in Westasien

Die Gewalt in Westasien ist wesentlich ein Ergebnis jahrhundertelanger kolonialer Ausbeutung, struktureller globaler Ungleichheit, von "Teile und Herrsche" und machtpolitischer Einmischung aus dem Westen mit Militärinterventionen, Putschen, Sanktionen und Waffenexporten. Durch die völkerrechtswidrigen Angriffe der USA und Israel auf den Iran und den Libanon seit Anfang März wurde sie weiter eskaliert.

Im Iran antwortet das Regime auf demokratische Proteste, feministische und gewerkschaftliche Bewegungen sowie die Forderung nach Selbstbestimmung mit massiver Gewalt, Inhaftierungen und Hinrichtungen. Die Attacken der USA und Israels treffen Regime und Bevölkerung unterschiedslos, wie die Bombardierung einer Mädchenschule oder die Zerstörung einer Wasserentsalzungsanlage zeigen.

Durch den Einmarsch israelischer Bodentruppen und die Luftschläge im Grenzgebiet spitzt sich auch die Lage im Libanon immer weiter zu. Seit Anfang März wurden über 1,2 Millionen Menschen vertrieben und sind auf der Flucht. Mitglieder der israelischen Regierung sprechen offen über die dauerhafte Besetzung, teilweise sogar Annexion des Südlibanon.

In Syrien hält die humanitäre Notlage auch nach dem Sturz des Assad-Regimes an. Die Zerstörung von Infrastruktur, die Nachwirkungen schwerster Kriegsverbrechen, die Präsenz islamistischer Akteure sowie autoritärer Strukturen in Teilen des Landes verhindern einen gerechten und demokratischen Wiederaufbau. Zivilgesellschaftliche Initiativen, Selbstverwaltungsstrukturen, Frauen sowie verschiedene marginalisierte Bevölkerungsgruppen arbeiten unter schwierigsten Bedingungen daran, demokratische, soziale und inklusive Alternativen aufzubauen – häufig ohne ausreichende internationale Unterstützung und unter massiver Bedrohung.

Leidtragende solcher Entwicklungen sind am Ende immer die Menschen vor Ort. Denn sie sind es, die unter Hunger und Durst leiden, verletzt, vertrieben, misshandelt und getötet werden. Sie sind es, die weiter entrechtet werden und deren Selbstbestimmung beschnitten bleibt.

Deutschland trägt für dieses Leid Mitverantwortung: Mit über 13 Milliarden Euro an Rüstungsexporten ist die Bundesrepublik 2025 zur viertstärksten Waffenexportnation weltweit aufgestiegen. Bundesregierung und EU setzen auf eine Politik der „Stabilität“, die letztlich nur autoritäre Regime aufwertet, und eine wirtschaftliche Sanktionspolitik, die vor allem die Bevölkerung trifft. Für Kanzler Merz gilt das Völkerrecht nicht universell, sondern nur im Rahmen des eigenen Weltbilds. Auch deswegen gibt es keinerlei Bestrebungen, die Nutzung militärischer Infrastruktur auf deutschem Boden für diese Kriege zu verhindern.

Die Linke Hamburg stellt sich dieser Politik entgegen. Wir treten für eine konsequente friedens- und menschenrechtsorientierte Westasien-Politik ein, die Abrüstung, Diplomatie und die Einhaltung des Völkerrechts in den Mittelpunkt stellt. Es ist unsere internationalistische Pflicht, die demokratischen Bewegungen vor Ort zu unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- Sofortiger Stopp aller Rüstungs- und Waffenexportgüter aus Deutschland und der EU nach Westasien und in die USA (wie die Schweiz es vormacht)
- Keine Nutzung militärischer Infrastruktur auf deutschem Boden für völkerrechtswidrige Angriffe
- Umfassende Transparenz über die und wirksame parlamentarische Kontrolle der Nutzung ausländischer Militärstandorte
- Schnellstmögliche Auflösung aller US-Militär-Stützpunkte in Deutschland (insbesondere Ramstein) sowie Abzug aller Atomwaffen
- Atomare Eskalation um jeden Preis verhindern: Keine Angriffe auf Atomanlagen, kein Einsatz bereits vorhandener Atomwaffen und konsequenter Einsatz für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung, allen voran in den Atommächten. Beitritt der BRD zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO
- Konsequente Ächtung von Chemiewaffen: Lückenlose Aufklärung jedes Verdachts von Chemiewaffeneinsatz in der Region sowie Unterstützung internationaler Mechanismen zur Dokumentation, Strafverfolgung und Entschädigung von Betroffenen
- Klare Verurteilung jeder Gewalt gegen Oppositionelle, Frauen, queere Personen, Gewerkschafter\*innen, Journalist\*innen und marginalisierte Gruppen sowie Einsatz für die Freilassung politischer Gefangener
- Deutliche Ausweitung der humanitären Hilfe für die Bevölkerung auf Grundlage internationaler humanitärer Prinzipien mit planbarer, mehrjähriger Finanzierung
- Keine direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit islamistischen Akteuren, Milizen oder Regimen, die schwerste Menschenrechtsverletzungen begehen. Unterstützung muss gezielt denjenigen zugutekommen, die für Demokratie, Gleichberechtigung, Minderheitenrechte und soziale Gerechtigkeit eintreten.
- Anerkennung und Förderung der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in Nord- und Ostsyrien (DAANES), die konkrete Alternativen zu autoritären und fundamentalistischen Kräften in Syrien aufbauen
- Bundesweiter Abschiebestopp in die Region: Stattdessen Ausbau sicherer Zugangswege und Aufnahmeprogramme für besonders gefährdete Gruppen

Der Hamburger Senat wird aufgefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten zivilgesellschaftliche Akteur\*innen aus der Region zu unterstützen und sich gegenüber Bund und Ländern für eine menschenrechtsbasierte Politik einzusetzen.

Die Linke Hamburg wird sich gemeinsam mit den Abgeordneten auf Landes- Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen, die Positionen dieses Antrags in der öffentlichen Debatte z.B. über parlamentarische Initiativen oder Veranstaltungen sichtbar zu machen.